

CVP Schweiz



Wachstumspaket 2007 - 2011

Wirtschaftspolitik für mehr Beschäftigung und Lebensqualität

Verabschiedet an der Delegiertenversammlung vom 23. Juni 2007

Die wichtigsten Forderungen im Überblick

Das Ziel unserer liberal-sozialen Wirtschaftspolitik ist klar: Wir wollen die Beschäftigung in unserem Land fördern und die Lebensqualität unserer Bevölkerung steigern. Der Schlüssel, um diese Ziele zu erreichen, ist eine dynamische Wirtschaft. Mit unserem „**Wachstumspaket 2007 - 2011**“ zeigen wir auf, wie wir die Schweizer Wirtschaft auf dem Wachstumskurs halten und damit Arbeitsplätze und Wohlstand in unserem Land sichern wollen. Im Zentrum stehen folgende Forderungen:

- **Mehr kluge Köpfe für nachhaltige Innovationen:** Wir sorgen für gut ausgebildete Arbeitskräfte auf allen Stufen und für mehr Innovationskraft. Im Hochschulbereich fordern wir mehr Effizienz und eine bessere Koordination unter den Hochschulen. Mit einem steuerlichen Weiterbildungsabzug und der Möglichkeit, für die Finanzierung der Weiterbildung auf die 2. Säule zurückzugreifen, fördern wir die Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dem drohenden Fachkräftemangel beugen wir vor, indem der Zugang von ausländischen Fachkräften zum Schweizer Arbeitsmarkt erleichtert wird. Wir setzen uns für einen besseren Wissens- und Technologietransfer von den Hochschulen in die Unternehmen (insbesondere Start-Ups) ein: Um die Umsetzung des an den Hochschulen generierten Wissens in die Praxis zu fördern, fordern wir, dass die Nutzung der Eigentumsrechte an Erfindungen an Hochschulen neu geregelt wird.
- **Hochpreisinsel weg – Kaufkraft her:** Wir wollen das Leben in der Schweiz günstiger machen und damit die inländische Kaufkraft stärken. Trotz griffigem Kartellrecht werden die Importpreise durch Marktabsprachen in die Höhe getrieben. Der Schwachpunkt liegt bei der Umsetzung des Kartellgesetzes. Wir fordern, dass die Wettbewerbskommission (weko) bei Verstössen gegen das Kartellgesetz konsequenter und zügiger vorgeht. Insbesondere muss Art. 5 Abs. 4 des Kartellgesetzes, der vertikale Preisbindungen strafbar macht, endlich mit konkretem Inhalt gefüllt werden. Gleichzeitig setzen wir uns für den Abbau der kostspieligen technischen Handelshemmnisse ein: Mit der Einführung des Cassis de Dijon Prinzips wollen wir in Zukunft verhindern, dass Produkte wegen überflüssigen Schweizer Sondervorschriften extra für die Schweiz hergestellt oder neu verpackt werden müssen - und dadurch massiv teurer werden.
- **Mit Aussenhandel und wachsendem Export Arbeitsplätze schaffen:** Mit unserer Aussenwirtschaftspolitik sichern wir der Schweizer Wirtschaft den Zugang zu wichtigen Absatzmärkten. Wir stärken die bilateralen Beziehungen zur EU – unserem wichtigsten Handelspartner: Insbesondere beim Abkommen über den freien Personenverkehr stehen in den nächsten drei Jahren wichtige Entscheide an: Wir sagen JA zur Weiterführung der Personenfreizügigkeit nach 2009 sowie zur Ausdehnung des Abkommens auf Rumänien und Bulgarien (mit entsprechenden Übergangsfristen), um dieses wirtschaftlich eminent wichtige Abkommen zu festigen. Parallel dazu richten wir unsere Aussenwirtschaftspolitik auf neue, boomende Märkte aus: Wir sorgen für einen möglichst hindernisfreien Zugang unserer Unternehmen zu den Märkten von Brasilien (Mercosur), Russland, China, Indien und Indonesien. Eine weitere Priorität sind die Verbesserungen der Wirtschaftsbeziehungen zu den USA. Darüber hinaus fordern

wir Lieferabkommen mit ausgewählten Förderländern, um die Rohstoffversorgung unserer Wirtschaft sicherzustellen.

- **Standort Schweiz stärken:** Mit einer besseren Zusammenarbeit und Koordination zwischen Bund und Kantonen sorgen wir für ein wirkungsvolleres Standortmarketing und erfolgreiche Unternehmensansiedlungen. Der Bund soll sich bei Ereignissen von gesamtwirtschaftlich wichtiger Bedeutung – wie z.B. der Euro 2008 - stärker engagieren. Mit der Unternehmenssteuerreform II und der Abschaffung der Stempelabgabe auf Lebensversicherungsprämien machen wir den Standort Schweiz steuerlich attraktiver. Dank dem Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) reduzieren wir die administrativen Lasten für unsere Unternehmen markant: Wir fordern eine einheitliche Unternehmensidentifikationsnummer und eine elektronische Signatur bis 2009. Zur Gewährleistung der Datensicherheit wollen wir Armeebunker für eine sichere Datenaufbewahrung nutzen. Bei der Mehrwertsteuer fordern wir, dass das Problem des Vollzuges im Rahmen der anstehenden Gesetzesreform prioritär behandelt wird. Einen Schwerpunkt bildet zudem unser Einsatz für ein ökologisch nachhaltiges Wachstum: Mit gezielter Forschung und technologischem Fortschritt senken wir den Rohstoff- und Ressourcenverschleiss und richten den Ressourcen- und Rohstoffverbrauch unserer Volkswirtschaft vermehrt auf erneuerbare und einheimische Stoffe aus.

1. Mehr kluge Köpfe für nachhaltige Innovationen

Bildung, Forschung und Innovation müssen ein Schwerpunkt der Bundespolitik bleiben. Nur mit gut ausgebildeten Arbeitskräften in allen Branchen und auf allen Stufen sowie mit einer hohen Innovationsfähigkeit kann sich die Schweiz erfolgreich im internationalen Standortwettbewerb behaupten.

1.1 Duale Berufsbildung fördern

Der duale Bildungsweg mit Berufslehre ist ein entscheidender Standortvorteil der Schweiz. Diese praxisnahe Ausbildung ist jedoch auf ein genügendes Lehrstellenangebot durch private und öffentliche Unternehmen angewiesen. Wir wollen die Lehrlingsausbildung für Unternehmen attraktiver machen und die Rahmenbedingungen für diese Betriebe laufend optimieren.

- Zur **Stärkung der Berufslehre** wäre es zu begrüssen, dass die Anzahl Organisationen der Arbeitswelt (OdA) parallel zur Reduktion der Anzahl Berufsfelder verringert, grossen Branchen den Weg zu einer eigenen Bildungsverordnung erleichtert und der Übergang in die höhere Berufsbildung gefördert werden. Bürokratische Hürden (Zertifizierungen, Curricula-Kontrolle, etc.) für private Initiativen im letztgenannten Bereich sind zu verhindern.

Gleichzeitig muss die **höhere Berufsbildung** – ein wichtiger Pfeiler des dualen Bildungssystems - gestärkt werden:

- **Bessere Integration der Wirtschaft:** Der Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Berufsverbänden (= Organisation der Arbeitswelt) und den Bildungsinstitutionen ist zu verstärken. Nur so können die Angebote der höheren Berufsbildung optimal auf die tatsächlichen und schnell ändernden Anforderungen des Arbeitsmarktes ausgerichtet werden.
- **Durchlässigkeit der Bildungssysteme:** Die Durchlässigkeit der tertiären Bildungsstufe muss tatsächlich verbessert und damit die horizontale Mobilität zwischen der höheren Berufsbildung und der Hochschulstufe gefördert werden. Dabei ist jedoch auf das verschiedenartige Profil von Universitäten und Fachhochschulen zu achten.
- **Internationale Anerkennung:** Wie fördern die internationale Anerkennung unserer Diplome und umgekehrt.

1.2 Hochschullandschaft stärken

Wir unterstützen das Bestreben des Bundesrates, mit dem Projekt „Hochschullandschaft Schweiz“ die Rahmenbedingungen für die Schweizer Hochschulstufe (ETHs, Universitäten und Fachhochschulen) zu optimieren. Diese Reform sollte auch genutzt werden, um die Steuerung des Hochschulbereichs generell mehr nachfrage- und anreizorientiert auszugestalten. Folgende Forderungen stehen für uns im Vordergrund:

- **Wir brauchen eine bessere Integration der Wirtschaft in der akademischen Welt und umgekehrt:** Wir verlangen, dass die Wirtschaft im neu zu schaffenden Hochschulrat vertreten ist. Einerseits ist die Wirtschaft die Hauptabnehmerin von Studenten und soll Vorschläge zu ihren Erwartungen bei der Steuerung machen können. Andererseits vertritt die Wirtschaft einen wesentlichen Investor in der Bildungswelt (Bildungslandschaft).

- **Wir brauchen eine sehr hohe Qualität an den Hochschulen:** Wir verlangen, dass eine einheitliche Kriteriumsliste bezüglich der Akkreditierung und der Qualitätsgarantie durch den Hochschulrat erstellt wird. Dies wird den Qualitätsvergleich zwischen den Hochschulen erleichtern und die Vergleichbarkeit der Hochschulabschlüsse verbessern. Damit wird der Wettbewerb zwischen den Hochschulen gefördert, was schliesslich zu einer besseren Qualität bei den Hochschulen führt.
- **Wir brauchen eine stärkere strategische Führung der Hochschullandschaft:** Das ist die Voraussetzung, damit unsere ETHs, Universitäten, Forschungszentren und Fachhochschulen im internationalen Wettbewerb vorne mithalten können. Wir verlangen, dass der Bund die Verantwortung in Steuerung der strategischen Führung übernimmt. Strategische Führung heisst auch, dass die Schaffung von Kompetenzzentren gefördert wird.
- **Wir wollen eine bessere Effizienz und Planung:** Wie im Bereich der Berufsbildung und der Fachhochschulen soll auch ein Masterplan für Universitäten eingeführt werden. Ziel ist es, den Einsatz der finanziellen Mittel zu optimieren. In diesen Masterplänen müssen Bund und die betroffenen Kantone für die kommenden vier Jahre (2008 – 2011) Massnahmen vorsehen, wie die Planung und Effizienz des Hochschullandschaft verbessert werden kann.
- **Wir sorgen für freien Wettbewerb unter den Hochschulen durch deren grösstmögliche finanzielle und organisatorische Bewegungsfreiheit.** Dazu gehören namentlich Anreize zur Erhöhung von Drittmitteln und ein konsequenter Umbau der Studienordnungen gemäss Bologna (inkl. englischsprachiger Angebote). Dabei ist auf das verschiedenartige Profil von ETHs, Universitäten und Fachhochschulen zu achten.
- **Internationale Ausrichtung:** Wir fördern die internationale Anerkennung unserer Diplome und umgekehrt und unterstützen Kooperationen mit ausländischen Universitäten.

1.3 Anreize für permanente Weiterbildung schaffen

Eine permanente Weiterbildung ist angesichts des immer rascheren wirtschaftlichen und technologischen Wandels und der neuen Herausforderungen im Arbeitsmarkt dringend erforderlich. Der Weiterbildungsauftrag sollte sich künftig auf alle Stationen im Lebenslauf beziehen und für alle Gruppen der Bevölkerung gleichermaßen gelten.

- **Bildungspolitische Priorität:** Wir fordern, dass das Thema Weiterbildung zuoberst auf die bildungspolitische Agenda gesetzt wird. Hier sind Staat und Arbeitgeber gleichermaßen gefordert.
- **Steuerlicher Abzug von Weiterbildungskosten:** Wir fordern, dass berufliche Aus- und Weiterbildungskosten nach abgeschlossener beruflicher Erstausbildung von den steuerbaren Einkünften abgezogen werden können. Heute können solche Kosten in vielen Fällen nicht abgezogen werden: Beispielsweise wird der Abzug Steuerpflichtigen verweigert, die sich auf eigene Kosten weiterbilden, um später eine Kaderfunktion ausüben zu können. Oder Steuerpflichtigen, welche die Branche wechseln und sich neue Spezialkenntnisse aneignen müssen. Ebenso betroffen sind Steuerpflichtige, die ihre Stelle verloren haben und sich beruflich neu orientieren müssen.
- **BVG-Guthaben für die Weiterbildung:** Wir fordern, dass die Guthaben der beruflichen Vorsorge auch für die Weiterbildung genutzt werden können. In der beruflichen Vorsorge ist es heute bereits möglich, einen Vorbezug für das Wohneigentum zum eigenen Bedarf geltend zu machen. Um das

lebenslange Lernen zu fördern, rechtfertigt sich eine gleichwertige Möglichkeit für die anfallenden Kosten einer Weiterbildung: Dabei ist die jährliche Bezugshöhe ebenso zu begrenzen wie der kumuliert mögliche Bezug, um die Altersvorsorge nicht zu gefährden.

1.4 Fachkräfte hier ausbilden und beschäftigen

Bereits heute herrscht in gewissen Branchen ein Mangel an qualifiziertem Personal. Die Lage wird sich in den nächsten Jahren zuspitzen und bremsend auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Besonders prekär ist die Situation bei den Ingenieuren. Die Schweiz wird zunehmend auf ausländische Fachkräfte angewiesen sein. Die Politik muss insbesondere dafür sorgen, dass ausländische Fachkräfte, die an unseren Hochschulen ausgebildet werden, vermehrt auch in der Schweiz bleiben.

- **„Brain Gain“ fördern.** Wir fordern, dass ausländische Studentinnen und Studenten, die in für unsere Volkswirtschaft strategisch bedeutsamen Bereichen einen ETH-, Universitäts- oder Fachhochschulabschluss erlangen, automatisch eine Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung des entsprechenden Kantons erhalten.

1.5 Wissens- und Technologietransfer verbessern

Der Wissens- und Technologietransfer von den Hochschulen in die Unternehmen ist ungenügend und schwächt die Innovationskraft der Schweiz: Das an den Hochschulen generierte Wissen wird zu wenig in die Praxis umgesetzt - doch nur wenn Innovationen in Markterfolge umgesetzt werden, werden neue Arbeitsplätze und Wachstum geschaffen. Ein Hauptgrund liegt darin, dass in der Schweiz die Nutzung der Eigentumsrechte an Erfindungen an Hochschulen noch unbefriedigt geregelt ist. Wir wollen den Zugang der Unternehmen (insbesondere Start-Ups) zum geistigen Eigentum verbessern und damit die Innovationskraft der Unternehmen stärken.

- **Wir fordern, dass die Nutzung der Eigentumsrechte an Erfindungen an Hochschulen neu geregelt wird.** Eine mögliche Lösung könnte die zwischen Forscher und Hochschule aufgeteilte Nutzung der Eigentumsrechte sein, wie es heute schon oft in der Praxis der Fall ist. Sollten die Patentrechte weiterhin bei der Hochschule verbleiben, so ist dem Forscher zumindest ein vorrangiges Lizenzrecht zuzusprechen. Ebenfalls zu prüfen ist eine erleichterte Zession des Patentes an Einzelforscher oder Forschungsgruppen zwecks Gründung eines eigenen Unternehmens.

1.6 Innovationsförderung stärken

Die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) muss institutionell und finanziell gestärkt werden. Die Organisation und Struktur der KTI ist neu zu regeln. Eine schlagkräftige KTI ist die Voraussetzung, um das Innovationspotential in unserem Land optimal auszuschöpfen und die Umsetzung von Innovationen in Markterfolge zu verbessern. Gleichzeitig müssen die Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen verbessert werden.

- Die KTI muss finanziell besser ausgestattet werden.
- Die Organisationsform der KTI muss optimiert werden, um ihr entsprechend mehr Freiraum zu gewähren und einen effizienten und unabhängigen Entscheidungsweg zu garantieren.

- Ausbaupotential in der Innovationsförderung sieht die CVP zudem im so genannten „Labelling“ von neuen Firmen: Ein Label erhält, wer eine funktionierende und marktfähige Entwicklung vorzuweisen hat. Dies erleichtert den neu gegründeten Firmen den Zugang zum notwendigen Kapital auf dem Finanzmarkt: Die Finanzinstitute können auf aufwändige technische Abklärungen zum erfundenen Produkt weitgehend verzichten.

1.7 In Forschung zukunftssträchtiger Branchen investieren

Die Bereiche Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT), Umwelttechnologien / erneuerbare Energien, Materialwissenschaften und die forschende Industrie (insbesondere die Life Sciences) sind Branchen mit enormem Wachstumspotential. Die Schweiz muss gezielt in die Forschung in diesen zukunftssträchtigen Branchen investieren, um weltweit an der Spitze mithalten zu können.

- Die Nationalen Forschungsschwerpunkte in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT), Umwelttechnologien / erneuerbare Energien und Materialwissenschaften sind auszubauen und zu verstärken.

2. Hochpreisinsel weg – Kaufkraft her



Bsp.1: Getränke

Die Schweiz ist eine Hochpreisinsel.¹ Die CVP will das Leben in der Schweiz günstiger machen, denn die Hochpreisinsel kommt uns in verschiedener Hinsicht teuer zu stehen. Die überhöhten Preise

- schmälern die Kaufkraft unserer Löhne. Sie belasten das Haushaltsbudget – besonders betroffen sind Familien mit Kindern. Ende Monat bleibt im Portemonnaie immer weniger übrig.
- schaden dem Arbeitsplatz Schweiz: Sie schwächen die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz und führen auf Grund des zunehmenden Einkaufstourismus zu massiven Umsatzverlusten für unsere Wirtschaft.
- steigern die Sozialkosten.

Für die hohen Preise in der Schweiz sind unterschiedliche Faktoren verantwortlich: Nebst hohen Löhnen und kleinem Binnenmarkt spielen eine starke Regulierung und fehlender Wettbewerb eine gewichtige Rolle. Die hohen Löhne, ein Produkt der hohen Arbeitsproduktivität in der Schweiz, und der kleine Binnenmarkt sind Faktoren, welche die Wirtschaftspolitik nicht verändern soll bzw. kann. Deshalb setzt die Strategie der CVP bei der zu starken Regulierung und dem fehlenden Wettbewerb auf dem Gütermarkt an.



Bsp.2: Kosmetika

Die CVP schlägt folgende Massnahmen vor, um die Hochpreisinsel Schweiz zu knacken:

2.1 Kartellrecht: Verfahren beschleunigen



Die weko geht bei Verstössen gegen das Kartellgesetz (insbesondere im Falle von unzulässigen vertikalen Abreden), welche die Preise in die Höhe treiben, zu wenig konsequent und zügig vor. Mit dem revidierten Kartellgesetz haben wir grundsätzlich ein griffiges Instrumentarium geschaffen. Der Schwachpunkt liegt jedoch bei der Umsetzung.

Bsp.3: Windeln

- Wir fordern, dass Art. 5 Abs. 4 Kartellgesetz, der vertikale Preisbindungen strafbar macht, endlich mit konkretem Inhalt gefüllt wird.

¹ Die Anordnung der illustrativen Beispiele ist zufällig. Die einzelnen Beispiele können nicht direkt mit den geschilderten Sachverhalten in Verbindung gebracht werden.

2.2 Technische Handelshemmnisse abbauen (Cassis de Dijon)

Wir wollen mit der Einführung des Cassis de Dijon Prinzips gegen technische Handelshemmnisse – eine der Hauptursachen für die Hochpreisinsel Schweiz - vorgehen: Technische Vorschriften verhindern in vielen Fällen, dass ein Produkt 1:1 aus dem Ausland in die Schweiz importiert werden kann – und verteuern dadurch unsere Produkte massiv.

Am Beispiel Mundwasser kann aufgezeigt werden, was das in der Praxis bedeutet:

Wenn auf der Verpackung eines Mundwassers „antibakterielle Wirkung“ steht, muss es für die Schweiz extra neu verpackt werden, da bei uns solche Angaben nicht zulässig sind. „Bakterienhemmende Wirkung“ muss es hierzulande heissen. Der Konsument wird dadurch weder glücklicher noch gesünder – das Produkt jedoch wesentlich teurer.



Bsp.4: Schoggi pulver

- Mit der Einführung des Cassis de Dijon Prinzipes könnte der Import von EU-Produkten massiv erleichtert werden. Das Cassis de Dijon Prinzip verlangt, dass in der EU zugelassene Produkte problemlos in die Schweiz importiert werden können. Damit die Schweizer Produzenten nicht diskriminiert werden, fordern wir, dass diese wahlweise nach Schweizer- oder EU-Vorschriften produzieren können. Gleichzeitig müssen wir unsere Sondervorschriften abbauen. Mit restriktiv festgelegten Ausnahmen (im Bereich Sicherheit, Ökologie und Konsumentenschutz) sorgen wir dafür, dass das Qualitätsniveau unserer Produkte erhalten bleibt.

3. Mit Aussenhandel und wachsendem Export Arbeitsplätze schaffen

Eine liberale Aussenwirtschaftspolitik sichert der Schweizer Wirtschaft Zugang zu den regionalen und globalen Auslandmärkten. Dabei setzt die Schweiz einerseits auf die multilaterale Handelsliberalisierung im Rahmen der WTO und andererseits auf bilaterale Freihandelsabkommen. Wir wollen die Schweiz teilhaben lassen am Weltwirtschaftswachstum. Dadurch unterstützen wir die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Exportindustrie und schaffen im Land Wachstum und Arbeitsplätze.

3.1 Stärkung der Bilateralen Beziehungen mit der EU

Die CVP Schweiz setzt sich in der schweizerischen Europapolitik für die Absicherung und Institutionalisierung der bilateralen Beziehungen ein. Die EU ist der wichtigste Handelspartner der Schweiz. Die bilateralen Beziehungen festigen, bedeutet Wachstum fördern und Arbeitsplätze in der Schweiz schaffen.

Im Zentrum steht das **Abkommen über den freien Personenverkehr**. In den nächsten 3 Jahren stehen in diesem Abkommen wichtige Entscheide bevor. Der freie Personenverkehr mit der EU legt Übergangsfristen fest. Dadurch wird eine schrittweise und kontrollierte Öffnung der Arbeitsmärkte gewährleistet. Für die CVP Schweiz gilt das Freizügigkeitsabkommen als eines der wirtschaftlich wichtigsten bilateralen Abkommen. Eine Wachstumsoffensive erreichen wir nur, wenn wir das Abkommen festigen und die kommenden Hürden als Chancen packen. Die **Schaffung eines Rahmenabkommens** zwischen der Schweiz und der EU erlaubt die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU zu institutionalisieren und die bestehenden bilateralen Verträge in ein Gesamtkonzept zu giessen.

Forderungen der CVP Schweiz zur Stärkung des bilateralen Weges:

- **FZA Bulgarien und Rumänien:** Für die Ausdehnung des Abkommens auf die zwei neuen EU-Staaten fordert die CVP Übergangsfristen und Schutzklauseln analog wie es bei der letzten Erweiterung erreicht wurde.
- **FZA generell:** Wachstum generieren und Arbeitsplätze sichern, ist nur möglich, wenn dieses Abkommen weitergeführt wird. Die CVP fordert die Weiterführung des Abkommens und appelliert an die politischen Kräfte in diesem Land: wer sich gegen das Abkommen ausspricht, vernichtet Arbeitsplätze in der Schweiz, hindert Wirtschaftswachstum und schadet dem Wohlstand unseres Landes.
- **Flankierende Massnahmen:** Die Kantone müssen das Instrumentarium gegen Lohn- und Sozialdumping durchsetzen. Damit kann Missbrauch bekämpft und ein fairer Wettbewerb gewährleistet werden.
- **Rahmenabkommen:** Die CVP fordert die Schaffung eines Rahmenabkommens zwischen der Schweiz und der EU.
- **Elektrizität:** die CVP Schweiz fordert ein bilaterales Abkommen mit der EU für den Strommarkt.

3.2 Neue Schwerpunkte der Aussenwirtschaftspolitik

Neue offene und boomende Märkte bilden Chancen für die Schweiz. Die Schweiz muss auf jene Länder setzen, welche gesunde Wirtschaftsstrukturen und Staatsfinanzen haben und am schnellsten wachsen. Die CVP Schweiz setzt sich dafür ein, dass die Schweizer Unternehmen einen möglichst hindernisfreien Zugang zu diesen Märkten erhalten. Denn so kann die Schweiz am wirtschaftlichen Aufschwung dieser Länder teilhaben und diese in die Weltwirtschaft integrieren.

Gleichzeitig ist zu betonen, dass die internationalen Beziehungen der Schweiz auf den ausserpolitischen Prinzipien beruhen, die in der Bundesverfassung definiert sind: Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Respekt der Grundrechte und die Förderung des Gemeinwohles gehören dazu. Die Schweiz ist bemüht, diese fundamentalen Prinzipien auch in den ausserwirtschaftlichen Beziehungen zu thematisieren und zu fördern.

Schweiz-Brasilien- Mercosur

Es besteht ein grosses Potential für bilaterale Wirtschaftsbeziehungen mit Brasilien und den Ländern des Mercosur (Südamerika). Im Netz der bilateralen Wirtschaftsabkommen zwischen der Schweiz und Brasilien bestehen wichtige Lücken.

- Wir fordern die Forcierung von Bilateralen Wirtschaftsabkommen mit Brasilien, insbesondere ein Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) sowie ein Investitionsschutzabkommen (ISA).
- Wir fordern die Aufnahme von Gesprächen zwischen der Schweiz und dem Mercosur. Ziel ist ein FHA für den Dienstleistungssektor und die Industrie unter Ausschluss der Landwirtschaft.

Schweiz-Russland

Im Zusammenhang mit Russland steht die Erneuerung bestehender Verträge im Zentrum.

- Wir fordern die Erneuerung der bilateralen Wirtschaftsabkommen.

Schweiz-Indien

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Indien müssen intensiviert werden. Der Schutz der geografischen Herkunftsangaben muss verbessert werden. Zur Förderung des Tourismus muss das Abkommen über den Luftlinienverkehr erneuert werden. In der schweizerischen Landeswerbung soll Indien als Schwerpunktland definiert werden. Ziel jedes Jahr mehr indische Touristen in der Schweiz zu begrüssen.

- Wir fordern ein Freihandelsabkommen mit Indien. Der Schutz der geografischen Herkunftsangaben muss verbessert werden.
- Wir fordern Neuverhandlungen zu einem Abkommen über den Luftverkehr.

Schweiz- China

Wir wollen China als strategischen Handelspartner in Südostasien festlegen. Ein bilaterales FHA mit China stellt ein grosses Potential dar. In einem bilateralen Vertragswerk können die Handelsbeziehungen erneuert werden, so ein Investitionsschutzabkommen und der Luftlinienverkehr. Letzteres fördert den Tourismus und erleichtert Business durch direkten Flugverkehr. In der schweizerischen Landeswerbung soll China als

Schwerpunktland definiert werden. Ziel ist jedes Jahr mehr chinesische Touristen in der Schweiz zu begrüßen. Zudem hat die Schweiz Interesse im Bereich des Immaterialgüterrechts den Schutz des geistigen Eigentums zu fördern (Uhrenindustrie).

- Wir fordern Neuverhandlungen zu einem Abkommen über den Luftverkehr mit einer direkten Flugverbindung.
- Wir fordern ein Abkommen zum Schutz des Geistigen Eigentums.
- Wir fordern die Forcierung eines Bilateralen Freihandelsabkommens (FHA).

Schweiz- Indonesien

Die Wirtschaft in Indonesien hat sich in den letzten Jahren trotz Naturkatastrophen und politischer Instabilität gut entwickelt. Als Markt der Zukunft Südostasiens sollte die Schweiz Indonesien in den Handelsbeziehungen prioritär einstufen.

- Wir fordern die Aufnahme von Gesprächen für Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Indonesien auf.

Schweiz - USA

Die USA ist für die Schweiz ein besonders wichtiger Handelspartner. Nach Deutschland ist das Aussenhandelvolumen der Schweiz mit den USA am grössten. Zudem gehört die Schweiz für die Amerikaner zur fünf wichtigsten Destinationen für Direktinvestitionen. Der Bundesrat hat es verpasst die Freihandelsgespräche mit den USA weiterzuführen. Das Kooperationsforum für Handel und Investitionen reicht mittelfristig nicht aus.

- Die CVP fordert den Bundesrat auf erneut Freihandelsgespräche mit den USA aufzunehmen. In Analogie zum Verhandlungsergebnis, das Südkorea mit den USA erreichen konnte, ist ein FHA für den Dienstleistungssektor und die Industrie unter Ausschluss der Landwirtschaft anzustreben.

3.3 Rohstoffversorgung sicherstellen

Die Verfügbarkeit von Rohstoffen ist ein zunehmend wichtiger Standortfaktor. Die Preise für Metalle steigen seit rund drei Jahren markant. Angesichts der zunehmenden Verknappung kommt diesem Rohstoff eine strategisch immer wichtigere Bedeutung zu. Dies gilt insbesondere für die Schweiz mit einer bedeutenden, jedoch stark vom Ausland abhängigen Maschinenindustrie. Die Schweiz muss rechtzeitig auf diese Entwicklungen zu reagieren.

- Wir fordern den Bundesrat auf, Lieferabkommen mit Förderländern zu schliessen und damit die Versorgung mit Rohstoffen langfristig sicherzustellen.
- Wir fordern den Bundesrat auf, sich innerhalb der WTO gegen eine Kartellisierung dieser Rohstoffbranche einzusetzen.

4. Standort Schweiz stärken

Der internationale Standortwettbewerb ist in vollem Gange. Die Schweiz muss ihre Rahmenbedingungen sowohl für international tätige Konzerne als auch für lokal ausgerichtete Unternehmen laufend optimieren, um hier vorne mithalten zu können.

4.1 Standort Schweiz besser vermarkten

Wir müssen den Wirtschafts- und Lebensraum Schweiz besser im Ausland vermarkten. Im globalen Wettbewerb um Firmenansiedlungen wird das Standortmarketing immer wichtiger. Die CVP will die Schweiz als führenden Wissensstandort, Werkplatz und Finanzplatz mit hoher Lebensqualität international hervorragend zu positionieren, unsere Produkte und Dienstleistungen in die ausländischen Märkte zu bringen und Investitionen und Innovationen für die Schweiz zu gewinnen. Eine erfolgreiche Vermarktung des Standortes und der Tourismusdestination Schweiz wirkt sich unmittelbar auf Beschäftigung und Wohlstand in unserem Land aus.

- Wir fordern beim **Standortmarketing eine stärkere Zusammenarbeit und Koordination zwischen Bund und Kantonen sowie unter den Kantonen**, um einen möglichst einheitlichen, wirkungsvollen Auftritt, gegen aussen sowie einen effizienten Ressourceneinsatz zu gewährleisten.
- Dem **Standortmarketing muss auf Bundesebene ein höherer Stellenwert eingeräumt** werden. Konkretes Beispiel ist die **Euro 2008** - das drittgrösste Sportereignis weltweit. Die Möglichkeiten zur Vermarktung des Standortes Schweiz anlässlich dieses Grossanlasses müssen besser ausgeschöpft werden. Wir fordern den Bundesrat auf, seine Aktivitäten und Marketingmassnahmen zu verstärken. Die Euro 2008 ist ein einmaliges Werberfenster, um ausländische Unternehmer, Arbeitskräfte und Touristen in die Schweiz zu bringen und sie von den Qualitäten unseres Landes zu überzeugen.
- Für **Unternehmensansiedlungen und standortpolitische Entscheidungen von gesamtschweizerischem Interesse** wie im Fall des amerikanischen Bio-Pharma-Konzerns Amgen oder im Zusammenhang mit Genf als Standort internationaler Organisationen sind klare und zügige Entscheidungen und Abläufe unabdingbar. Die Zusammenarbeit und Koordination zwischen Bund und Kantonen muss wesentlich verbessert werden.

4.2 Steuerliche und regulatorische Rahmenbedingungen wahren und verbessern

Die steuerlichen Rahmenbedingungen spielen beim Standortentscheid von Unternehmen eine wichtige Rolle. Damit wir auch in Zukunft vorne mithalten und hochwertige Arbeitsplätze in unserem Land halten können, müssen wir diese Rahmenbedingungen laufend optimieren.

- Wir sagen JA zur **Unternehmenssteuerreform II**, mit der in erster Linie die KMUs und Investoren entlastet werden: Mit der Reform werden Hürden bei der Unternehmensnachfolge abgeschafft und die Doppelbesteuerung von Unternehmensgewinnen bzw. Dividenden aufgehoben. Damit wird das Wirtschaftswachstum gefördert und der Arbeitsplatz Schweiz gestärkt.
- **Wir fordern die Abschaffung der Stempelabgabe auf Lebensversicherungsprämien.** Diese fiskalische Belastung ist sowohl für die Konsumenten als auch für den Finanzplatz Schweiz äusserst negativ: Dieses Vorsorgeinstrument stellt insbesondere bei Selbständigerwerbenden sowie bei

Personen die keine berufliche Vorsorge aufbauen konnten (insbesondere Personen die Familienarbeit leisteten) ein wichtiges Instrument der Altersvorsorge dar. Die Stempelabgabe behindert somit massgeblich die Selbstvorsorge dieser Personen. Gleichzeitig verhindert der Stempel die Produktion von innovativen Produkten, schwächt die Versicherungswirtschaft und die damit verbundenen Arbeitsplätze.

- **Erfolgsmodell Steuerwettbewerb bewahren:** Die CVP befürwortet den Steuerwettbewerb unter den Kantonen. Die kantonale Steuerhoheit ist ein Kernelement des Föderalismus und unseres direktdemokratischen Systems. Zugleich ist das schweizerische Steuerwettbewerbsmodell eine volkswirtschaftliche Erfolgsgeschichte und erlaubt unserem Land, im internationalen Standortwettbewerb an der Spitze mitzuhalten. Das dürfen wir nicht verspielen. Wir wehren die jüngst lancierten Angriffe gegen die Steuersouveränität der Schweiz und der Kantone (Steuerattacke der EU auf kantonale Steuerregimes sowie die SP-Steuerharmonisierungsinitiative) entschieden ab.
- **Finanzmarktregulierung verbessern:** Das regulatorische Umfeld wird für den Finanzplatz Schweiz - einem Grundpfeiler der Schweizer Wirtschaft - im internationalen Wettbewerb immer wichtiger. Zur Stärkung des Schweizer Finanzplatzes fordern wir darum insbesondere ein pragmatisches Vorgehen beim innerstaatlichen Umsetzen internationaler Standards (unter Beachtung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses). Zudem ist generell die bewährte Selbstregulierung der Branchen beizubehalten und wo sinnvoll auszubauen. Zur Stärkung der Finanzmarktregulierung gehört auch die Positionierung der Schweiz als internationales Kompetenzzentrum in diesem Bereich mit entsprechenden Ausbildungsangeboten und Forschung.

4.3 Bürokratiebefreiung: ICT-Offensive für mehr Produktivität und Wachstum

Rund 7 Milliarden Franken geben KMU und Private jährlich für die Bewältigung administrativer Lasten aus. Mit einem besseren Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien könnte der Behördenverkehr markant vereinfacht und die damit verbundenen Kosten gesenkt werden: Gemäss Studien liesse sich durch einen digitalisierten und rationalisierten elektronischen Behördenverkehr der Aufwand für administrative Tätigkeiten in jedem KMU-Betrieb monatlich um rund 32 Stunden senken. Das damit verbundene Einsparpotential beträgt mindestens 2,3 Milliarden Franken, je zur Hälfte bei den Unternehmen und der Verwaltung. 2,3 Milliarden Franken, die statt zum Ausfüllen von Formularen und dergleichen für produktive Tätigkeiten investiert werden könnten. Die Schweiz droht den Anschluss beim elektronischen Behördenverkehr zu verpassen. Das muss verhindert werden. Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger sollen Behördendienstleistungen umfassend und schnell auf elektronischem Weg per Internet in Anspruch nehmen können.

- **Einheitliche Unternehmensidentifikationsnummer bis 2009:** Die Schweiz braucht bis 2009 eine einheitliche Unternehmensidentifikationsnummer für alle Bereiche des Behördenverkehrs: Sozialversicherungen, Mehrwertsteuer, Handelsregister, Statistik, etc. Sämtliche Behördendienstleistungen und administrativen Auflagen müssen bis 2009 von den Unternehmen vollständig und medienbruchfrei elektronisch abgewickelt werden können: Die gilt namentlich für den Verkehr mit den Sozialversicherungen, statistische Anfragen, die Übermittlung der Lohndaten, etc.
- **Elektronische Signatur bis 2009:** Der Bund definiert die zwingenden Anforderungen an die elektronische Signatur und zertifiziert Produkte, welche diesen Anforderungen genügen.

Privatpersonen, welche im Besitz einer elektronischen Signatur sind, müssen bis 2009 sämtliche Behördendienstleistungen elektronisch und medienbruchfrei abwickeln können: beispielsweise Anmeldung, Mutationen, Steuererklärung, etc.

- **Armeebunker für sichere Datenaufbewahrung nutzen:** Der erfolgreiche Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien ist auf eine sichere Datenaufbewahrung angewiesen. Die Schweiz hat das Potential, um sich als Standort für eine sichere Datenaufbewahrung zu positionieren. Diesen Standortvorteil gilt es frühzeitig zu nutzen. Der Bundesrat wird aufgefordert, die Nutzung der bestehenden Bunkeranlagen der Schweizer Armee für eine sichere Datenaufbewahrung und als sicheren Serverstandort zu ermöglichen. Diese Standorte sind dafür besonders geeignet, da sie vor schädlichen Umwelteinflüssen sicher sind. Die Schweiz ist zudem wegen ihrer politischen Stabilität als Standort geeignet. Das VBS muss ein Konzept vorlegen, in dem
 - definiert wird, welche dieser Bunkeranlagen zu diesem Zweck zur Verfügung stehen,
 - die erforderlichen Massnahmen festgelegt werden, um die Nutzung dieser Anlagen zu ermöglichen,
 - die Massnahmen zur Vermarktung dieses Angebotes im In- und Ausland aufgezeigt werden.

4.4 Weniger Bürokratie bei der MWSt

Das Ärgernis Nr. 1 für jeden KMU heisst Mehrwertsteuer. Dieses Problem muss nun endlich entschärft werden. Handlungsbedarf besteht dabei vor allem beim Vollzug: Erstens ist die Mehrwertsteuer in der Abwicklung kompliziert, zweitens versteht die Grundlagen und Verordnungen niemand mehr, drittens ist die Rechtssicherheit nicht mehr gegeben. Auch hier könnte der elektronische Behördenverkehr wesentlich Abhilfe schaffen. Das Potential der Informations- und Kommunikationstechnologien wird insbesondere in der Mehrwertsteuerverwaltung viel zu wenig ausgeschöpft.

- Wir fordern, dass das Problem des Vollzuges im Rahmen der anstehenden Gesetzesreform prioritär behandelt wird: Die dringend erforderlichen **Massnahmen zur administrativen Entlastung und für mehr Rechtssicherheit (Modul Steuergesetz) sind losgekoppelt von der Frage der Anzahl Steuersätze und der Ausnahmen** so schnell wie möglich umzusetzen. Eine weitere Verzögerung ist schädlich für unsere Wirtschaft.
- Wir verlangen, dass die **elektronische MWSt-Abrechnung sobald als möglich eingeführt** wird. Wir verstehen nicht, warum der Bundesrat in dieser Frage zögert. Technisch stellt ein solches Verfahren kein Problem dar, in Deutschland ist die elektronische Abgabe der Umsatzsteueranmeldung schon seit Jahren möglich. Gleichzeitig fordert die CVP, dass das **gesamte Anmeldeverfahren bei den MWSt-Behörden vollständig auf elektronischem Weg** möglich wird.
- Wir fordern eine **elektronische Datenbank mit Suchfunktionen, über die sämtliche relevanten MWSt-Erlasse (inkl. Verwaltungspraxis und Gerichtsentscheide)** zugänglich gemacht werden. Gleichzeitig ist ein **zentraler Online-Schalter der MWSt-Verwaltung einzurichten**, über welchen die Steuerpflichtigen ihre Fragen eingeben können und von wo aus diese an die zuständige Stelle überwiesen werden.

4.5 Schonende Ressourcennutzung als Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine wesentliche Voraussetzung für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Durch das rasante Wachstum der Volkswirtschaften in Brasilien, Russland, Indien und China zeichnet sich bereits jetzt eine globale Verknappung aller Ressourcen ab. In der jüngeren Vergangenheit stand dabei irrtümlich nur das Erdöl im Vordergrund („Peak Oil“); dabei sind längst auch Stahl, Blei, Kupfer oder Edelmetalle knapp geworden. Wer heute seine eigene Volkswirtschaft auf einen möglichst schonenden Ressourcenumgang ausrichtet, wird in der Zukunft markante Konkurrenzvorteile durch tiefere Rohstoffpreise geniessen. Als Volkswirtschaft mit einem Minimum an natürlichen Ressourcen und Rohstoffen sind wir bzw. der Produktionsstandort Schweiz von den geschilderten Entwicklungen überdurchschnittlich betroffen.

- Wir wollen mit gezielter Forschung und technologischem Fortschritt den Rohstoff- und Ressourcenverschleiss senken. Neben „Energieeffizienz“ tritt die „Materialeffizienz“ mit dem Ziel möglichst geschlossener Recycling-Kreisläufe.
- Wir richten den Ressourcen und Rohstoffverbrauch unserer Volkswirtschaft vermehrt auf erneuerbare und einheimische Stoffe aus. Das bedingt einen Schwerpunkt in der Materialforschung und in der Suche nach Substitutionsmöglichkeiten für nicht-erneuerbare und nicht-recyclierbare Ressourcen und Rohstoffe.
- Neue Umwelttechnologien bilden einen Wachstumssektor unserer Volkswirtschaft. Die Informations- und Kommunikationstechnologie ermöglicht zudem die Umsetzung der Devise „mehr intelligente Elektronik – statt Beton“. Wir wollen diese Zukunftstechnologien besser identifizieren und mit geeigneten Rahmenbedingungen fördern.

4.5 Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Landwirtschaft stärken

Durch bilaterale und multilaterale Verträge werden die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft zunehmend dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Den hervorragenden Ruf der Schweizer Produkte gilt es zu nutzen, um diesen auch unter offeneren Märkten eine Zukunft in der Schweiz zu sichern.

- Wir unterstützen eine **Hochqualitätsstrategie für Schweizer Landwirtschaftsprodukte und Nahrungsmittel mit einem grossen Wertschöpfungspotenzial**. Die Agrarpolitik hat flankierende Instrumente auszubauen, welche diese Strategie fördern. So soll der Schutz der Schweizer Produkte zumindest in Europa verankert werden durch eine gegenseitige Anerkennung der geographischen Ursprungsbezeichnungen.
- Ein **sozialverträglicher Strukturwandel sowie der Abbau von unnötigen bürokratischen Auflagen**, speziell auch der nichttarifären Handelshemmnisse, soll die Landwirtschaft auf dem internationalen Parkett wettbewerbsfähiger machen.
- Die **Landwirtschaft pflegt und gestaltet die Landschaft**. Sie schafft damit ein gutes Umfeld für andere Wirtschaftszweige. Hochqualifizierte Arbeitskräfte entscheiden sich nicht zuletzt auch wegen einer intakten Landschaft für einen Arbeitsort in der Schweiz. Wir setzen uns dafür ein, dass die Landwirtschaft diese Rolle auch künftig flächendeckend wahrnehmen kann.